

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Nöbelsstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Metallarbeiter und Verständigungsfriede

Von Otto Sue.

Zwei Schriften zur Befürwortung der Annexion des ostpreussischen Graub- und Hüttengebietes Longow-Brich sind auf einmal erschienen und den Reichsbehörden, Parlamentariern, Zeitungen usw. überreicht worden. Die eine geht aus von den Fachverbänden der deutschen Eisen- und Stahlwerksbesitzer, die andere kommt von der Firma Thyssen. Beide setzen sich zum Ziel, die Annexion von Longow-Brich als ein unbedingt erforderliches der Selbsthaltung Deutschlands nachzuweisen. Wenn man die militärisch-politische Seite der Beweisführung besonders berücksichtigt, so wird es uns klar, daß die Auftraggeber der Schriftenverfasser stehen und fallen mit ihrer Behauptung, dem jetzigen Krieg würde in absehbarer Zeit ein neuer Weltbrand folgen, der Deutschland in derselben Lage erblicken werde, in welcher es sich jetzt befindet. Ja, die Eroberungspolitik müssen sogar mit derselben Mächtevereinigung gegen Deutschland im „zweiten punischen Kriege“ rechnen, anders wäre ein wesentlicher Teil der Begründung der Annexionserforderung gegenstandslos.

Man muß sich einmal die fürchterlichen Folgen einer solchen weltpolitischen Auffassung für Deutschlands Zukunft vorstellen, sich fragen, ob wir sogar in absehbarer Zeit nochmals einen Weltantritt ertragen können — der natürlich dann mit noch gewaltigeren Mitteln gegen uns vorbereitet würde! — und man wird dann einfach nicht verstehen können, wie Kreise, die sich zu den „führenden des Volkes“ rechnen, eine Politik verfolgen können, die tödlicher eine unerbittliche Mächtevereinigung gegen uns zusammenschweißen muß. Kann es uns, einmal angenommen, die Wölfer würden das unter ihnen angerichtete Blutbad in absehbarer Zeit vergessen, wüßten darauf ankommen, alle, die heute gegen uns aufstehen, zu einer dauernden Vereinigung gegen uns zu veranlassen? Für eine solche unüberwindliche „Weltpolitik“ sollen vor allen Dingen die — Metallarbeiter als Kronzeugen geltend gemacht werden! In den Annexionsschriften, in zahlloser gleichgerichteten Zeitungsartikeln und Reden betonen die annexionslustigen Werksunternehmer, an der von ihnen angeführten „Sicherheitspolitik“ hätten die Arbeiter in der Eisen- und Stahl- und in den metallverarbeitenden Industrien ein „Lebensinteresse“. Die Industrie bedürfe einer gesicherten Eisenerzbasis, ohne Longow und Brich sei sie nicht vorhanden. Behalte Deutschland dieses gegenwärtig besetzte Gebiet nicht, dann leide die Eisen- und Stahlindustrie an einer schleichenden Krankheit, in wenig Jahrzehnten seien die inländischen Erzvorkäte aufgebraucht, große Massen Arbeiter würden keine Beschäftigung mehr haben, wir müßten dann „Menschen statt Waren exportieren“. Verbleiben uns aber Longow und Brich, dann könnten wir unsere Eisen- und Stahlerzeugung auf jährlich 25, ja 30 Millionen Tonnen erhöhen, größere Mengen Arbeiter könnten, vielleicht sogar eine Million mehr, beschäftigt werden zu „hohen Löhnen“. Die Kriegsschäden würden dann schneller geheilt, Wohlstand und Glück werde sich ausbreiten.

Wenn man so hört, könnte es leichtlich scheinen. Aber zunächst sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es in Deutschland nicht nur Eisen- und Stahl- und sonstige Metallarbeiter gibt, sondern sie bilden bei uns nicht einmal ein Fünftel der gewerblich-tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Von den 10 630 457 Personen, die 1913 in den gewerblichen Unfall-Vereinigungen versichert waren, gehörten 1 753 073 der Metallindustrie in allen ihren vielen Verzweigungen an. In der eigentlichen Schwerindustrie, deren Unternehmer die hauptsächlichsten Annexionstreiber sind, war davon nur etwa die gute Hälfte beschäftigt. Noch nicht in Betracht gezogen sind die in den Landwirtschaftlichen und in den öffentlichen Betrieben beschäftigten Versicherten, deren Gesamtzahl sich 1913 auf über 18 Millionen belief, einschließlich der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebsinhaber.

Nur wenn man rücksichtslos den engherzigen Egoismus dem Gesamtwohl überordnet, kann man für ein Gemeinwesen wie Deutschland eine Politik befürworten, die auf das Wohlergehen einer Gruppe zugeschnitten sein soll, in ihren unausweichlichen Auswirkungen aber der Gesamtheit, also auch jener Gruppe Schaden zufügen muß. Was hilft es uns, wenn wir Eisenerze sogar im Überfluß hätten, dafür jedoch unseren anderen großen Gewerben, Holzindustrie, Baugewerbe und vornehmlich Textilindustrie die Möglichkeit, sich mit dem für sie einfach unentbehrlichen Koh- und Galbrosstoff aus dem Auslande zu versorgen, außerordentlich erschweren oder je nachdem sogar abschneiden? Wissen wir es denn noch immer nicht, warum unsere Textilindustrie fast brachliegt, wir an einem fast unentraglichen Mangel an Textilfabrikaten leiden? Unsere Textilindustrie muß die entscheidende Hauptmenge ihrer Rohstoffe aus dem überseeischen Auslande beziehen, das unter der Herrschaft der Mächte steht, welche durch einen Gewaltfrieden zur Verfügung für einen neuen Krieg gegen uns gestimmt würden! Kann unsere Textilindustrie nicht wirken, dann benötigt sie auch der Erzeugnisse unserer Metall- und Maschinenindustrie nicht. Wissen wir noch immer nicht, daß es unserer Holzindustrie und dem Baugewerbe an den Baumstoffen fehlt (Holzer aller Art usw.), die sie in Friedenszeiten massenhaft aus dem Auslande bezogen hat? Auch hier würde ein Gewaltfrieden verhängnisvoll wirken. Liegen diese Industrien brach, das wissen wir doch schon aus der Friedenszeit, dann fehlt es auch der Eisen- und Stahlindustrie, besonders der Rüstungsindustrie, an bedeutenden Aufträgen. Ist es immer noch nicht fühlbar genug geworden, daß unsere umfangreiche und mannigfaltige Nahrungsmittelindustrie ihren Betrieb wegen Mangel an Materialzufuhr aus dem Auslande größtenteils einstellen mußte, oder wir uns mit unforgbaren „Ersatzmitteln“ behelfen müssen? Auch hinsichtlich der wichtigsten Koh- und Galbrosstoffe für diese Industrie (Stein, Fettsäure usw.) sind wir auf ausländische Produktionsgebiete angewiesen, die von den Ententemächten beherrscht werden. Und dann die für unsere

Vollernährung, wie die Kriegszeit unwiderleglich bewiesen hat, einfach unentbehrlichen großen ausländischen Massen an pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln und Futtermitteln: Getreide, Hülsenfrüchte, Obst, Gemüse, Eier, Butter, Vieh, Fleisch usw., wie sollen wir uns die beschaffen, wenn der Krieg beendet wird in einer Weise, die einen neuen Weltbrand gegen uns zur Folge haben muß?

Die Metallarbeiterschaft bildet gewiß einen sehr bedeutsamen Teil unseres Volksganges. Aber wo sind die Metallarbeiter, die so verblendet wären, zu übersehen, daß ihre Berufsgenossenschaft nur einen Teil der Arbeiterklasse darstellt und daß, wenn die Gesamtgesellschaft infolge einer einseitig-engerzigen „Weltpolitik“ zu Schaden kommt, auch der Teil, zu dessen Vorteil angeblühlich jene Annexion durchgeführt werden soll, in das Verhängnis mit hineingezogen wird! Ganz abgesehen davon, daß eine solche kurzweilige Interessenspolitik das innere Gefüge unseres Gemeinweins zermürben würde. Und wenn wir Eisenerze in Gülle und Zille hätten, was begämen wir damit ohne die für unsere Industrien auch einfach unentbehrlichen Metalle wie Kupfer, Blei, Zinn, Mangan, Aluminium, Silber, Gold usw., die wir erfahrungsgemäß größtenteils aus dem Ausland beziehen müssen, abermals vorwiegend aus Gebieten, die unter dem Einflusse der Mächte stehen, die sich mit uns im Kriege befinden? Was beginnt unsere ausgedehnte Maschinenindustrie ohne ausreichende Belieferung mit jenen Metallen, was unsere Elektro-, unsere Instrumenten-, was unsere Industrien für Halbedel- und Edelmetallverarbeitung, wenn der Ring der Feinde um uns geschlossen bleibt! Was aber wäre der Fall, wenn die Gewalt der Verständigung sorgezogen würde.

Ferner: Ständen wir denn vor dem Kriege mit unserer schweren Eisen- und Stahlindustrie so, daß es uns an der Erzeugung für den Inlandsbedarf und für eine große Ausfuhr fehlte? In Wirklichkeit wußten wir doch, abgesehen von ganz wenigen Jahren flotten Geschäftsganges, nicht wohin mit unserem Ueberfluß an Eisen- und Stahlfabrikaten! 19,3 Millionen Tonnen betrug 1913 die deutsche Roheisenerzeugung, über 7 Millionen Tonnen führten wir in Form von Roheisen, Halbzeug, Walzwerkfabrikaten oder Irt, Maschinen usw. aus, nur den letzten Teil dieser Mengen führten wir ein. Die Ausfuhrpreise wurden sehr viel niedriger gestellt als die Inlandspreise, um den gewaltig wachsenden Produktionsüberschuß überhaupt absetzen zu können. Trotzdem waren noch große, unerschöpfliche Lagerbestände vorhanden und die Grobisenwerke klagten, wie die Berichte des Stahlwerksverbandes lehren, über nicht ausgenützte Leistungsfähigkeit. Der Stahlwerksverband führte 1913/14 schon 45,87 v. H. seines Halbzeugs aus, gegen 27,99 v. H. im Geschäftsjahr 1905/06! Großbritannien bezog 1900 erst 263 Tonnent deutschen Halbzeugs, 1913 aber 499 223 Tonnent und vermochte mit diesen billigen Lieferungen namentlich seine Walzwerksindustrie bedeutend zu kräftigen! Und trotzdem heißt es, wir müßten uns gegen die „britische Konkurrenz“ bewahren.

Wenn wir statt der 19 bis 20 Millionen Tonnent Roheisen mit Hilfe von Longow und Brich 25 oder gar 30 Millionen Tonnent jährlich erzeugten, wo sollen wir damit hin, zumal da die Annexionsschriften uns erzählen, wir hätten mit einem künftigen Krieg gegen denselben Mächteverband zu rechnen, mit dem wir es jetzt zu tun haben? Von dieser Annahme aus wird ja die „Sicherung unserer Erzversorgung durch Longow und Brich“ befürwortet. Wer wird uns dann den gewaltigen Ueberfluß von 25 oder gar 30 Millionen Tonnent Eisen abkaufen, wenn sich die Hauptabnehmer unseres Ueberflusses — das waren vor dem Kriege eben Großbritannien und seine Kolonien, auch Frankreich, Belgien, Italien empfangen große Mengen — für einen neuen Weltkrieg gegen uns rüsten? Staudt denn ein vernünftiger Mensch, in Voraussicht des „zweiten punischen Krieges“ würden sich die uns feindlichen Mächte bemühen, die deutsche Volkswirtschaft durch den Kauf noch größerer Mengen deutscher Eisen- und Stahlwaren zu kräftigen? Würden wir das an ihrer Stelle tun?

Die Eroberungspolitik wollen die deutsche Metallarbeiterschaft unverstört vor ihren Wagen spannen, damit sie ihren Plan verwirklichen helfen, der auf den Gewaltfrieden hinzielt. Daß dies zu Unrecht geschieht, wissen wir zwar recht gut. Aber die Metallarbeiter mögen selbst öffentlich und deutlich erklären, daß sie sich dafür bedanken, als Vorspann für die Eroberungspolitik mißbraucht zu werden! Dieses geschieht in der Tat in verschiedenen Veröffentlichungen, die in die Hände der Reichsbehörden gelangen, um dort Druck gegen den Abschluß eines Verständigungsfriedens auszuüben. Man kann darüber später recht Erbäuliches mitteilen. Wenn man weiß, was alles für „Demonstrationen“ von allseits „Arbeiterorganisationen“ für die Annexionspolitik veranstaltet werden und erwägt, daß wir uns vor weltpolitischen Entscheidungen befinden, dann muß man dringend wünschen, daß unsere gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter den Reichsleitern klipp und klar zu wissen geben, daß und warum sie für einen Verständigungsfrieden sind!

### Richtlinien für die Rüstungsindustrie in Württemberg

Im Juli 1917 hatten sich die Ortsverwaltung Stuttgart und die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an das königlich württembergische Kriegsministerium gewandt und um dessen Vermittlung ersucht, um in einer Reihe äußerlich wichtiger und zeitgemäßer Fragen eine Verständigung mit den Metallindustriellen herbeizuführen. Kurz zusammengefaßt gingen die Vorschläge dahin, auf: Einführung von Mindestlöhnen, gestuft nach Alter, Beruf und Geschlecht; Entschädigung der Ausschusszeit (Wartzeit); Besserbezahlung der Lehrlinge; Regelung der Ueberzeit-, Sonntags- und Nacharbeit und einheitliche Entschädigung für

diese; Errichtung einheitlicher paritätischer Arbeitsnachweise.

Es dauerte geraume Zeit, bis die Angelegenheit in Fluss kam. Erst im September fand die erste Sitzung statt, an der das Kriegsministerium, die Metallindustriellen, die Gewerbespektion, eine Vertreterin der Frauenarbeitsstelle, die dem Kriegsministerium angegliedert ist und neben dem Bezirksleiter die Bevollmächtigten unserer Verwaltungen von Stuttgart, Göttingen und Göttingen teilnahmen. Im Laufe der Verhandlungen legte das Kriegsministerium nun auch Wert darauf, daß eine Vertretung der Geschäftsinhaber und des christlichen Metallarbeiterverbandes hinzugezogen wurden und wir erhoben dagegen keine Einwendungen, wenn diese Organisationen mit der Angelegenheit auch unmittelbar nichts zu tun hatten.

Zuerst wurde in breiterem Rahmen die Frage des Arbeitsnachweises erörtert. Im Anfang hatte es den Anschein, als ob das Kriegsministerium wirklich „etwas zugreifen“ und den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen zu Weibe gehen wollte. Diese Vorklänge lobten „ihren“ Arbeitsnachweis über den Schellenkönig (dieses Kind, kein Engel ist so rein), und hatten wohl ganz vergessen, daß sie erst noch im Juni 1917 ein „vertrauliches“ Rundschreiben hinausgeschickt hatten an ihre Mitglieder, „wonach dieselben strengstens verpflichtet wurden, nur mehr durch den Arbeitsnachweis Arbeitskräfte einzustellen“ und worin es hieß: „Die Arbeiter müssen daran gewöhnt werden, daß sie in den Betrieben des Verbandes allein nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt werden können“. Daß ein solche Willensbestimmung sich mit den Bestimmungen des württembergischen Tarifgesetzes nicht verträgt, dafür hatten die Herren wenig Verständnis.

Von den Vertretern des Kriegsministeriums wurde den Industriellen auch bedeutet, daß zurzeit niemand Vorschriften gemacht werden können und dürfen, auf welchem Wege er seine Arbeitskräfte sucht und einstellt. Es wurde auch bei der ersten Sitzung eine Erklärung nach dieser Richtung hin in Aussicht gestellt, die die Auswüchse des Arbeitsnachweises einschränken, wenn nicht unmöglich machen soll. Leider blieb es nur bei der Erklärung. In der zweiten Sitzung wurde vom Vertreter des Kriegsministeriums in Aussicht gestellt, daß die Demobilisierungsfrage an sich eine Stellung zur Arbeitsnachweisfrage erfordere und daß demnächst eine gewisse Regelung dieser Frage erfolgen werde.

Als zur zweiten Sitzung kamen dann die Metallindustriellen die nachfolgende Erklärung ab, die sie in einem langen Schriftsatz begründeten und wo sie sich betreffs Arbeitsnachweises, nicht zuletzt auf die Ausführungen des Vertreters des preussischen Kriegsamts bei der Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise vom 21. Juni 1917 in Berlin stützten:

1. Die Einführung von Mindestlöhnen ist eine grundsätzliche Frage, die der Verband württembergischer Metallindustrieller als Landesverband des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller von sich aus gar nicht regeln kann; es ist dies Sache des Gesamtverbandes. Der Vorstand desselben hat sich auf unsere Veranlassung hin in seiner Sitzung vom 5. d. M. mit dieser Frage befaßt und die Einführung von Mindestlöhnen nach reiflichen Erwägungen grundsätzlich abgelehnt. Es ist jetzt nicht die Zeit, einen Kampf um grundsätzliche Forderungen zu führen; auch liegt abgesehen hiervon eine Kolonialpolitik für die Festsetzung eines Mindestminimums nicht vor, da in der Metallindustrie und insbesondere in den Betrieben des Verbandes Löhne bezahlt werden, die als sehr angemessene, zu einem großen Teil als sehr hoch bezeichnet werden können und den gegenwärtigen Lebensverhältnissen durchaus Rechnung tragen. Es kommt ferner in Betracht, daß eine einheitliche vertragliche Festsetzung von Mindestlöhnen bei der Verschiedenartigkeit der Betriebe, der vielfachen Verhältnisse und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht möglich ist.

Die Verbandsversammlung beauftragt den Vorstand, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß auch fernerhin in den Betrieben des Verbandes bei entsprechenden Leistungen gute und auskömmliche Löhne bezahlt werden. In Fällen, in denen dies nicht zutreffen sollte, soll der Vorstand seinen ganzen Einfluß zu Gunsten einer Besserstellung der betreffenden Arbeiter ausüben.

2. Eine von dem Arbeitgeber verschuldete Wartzeit wird bis zu 2 Stunden mit dem Stundenlohn bezahlt; bei längerer Dauer wird den Akkordarbeitern zu den letzteren eine Zulage gewährt. Im übrigen muß die Bezahlung für Wartzeit von Fall zu Fall der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen bleiben, soweit nicht die Bestimmungen der Arbeitsordnung Anwendung finden. Auch ist der Arbeiter verpflichtet, eine andere ihm zugewiesene Arbeit während der Betriebsunterbrechung anzunehmen.

3. Eine Entschädigung in die bestehenden Verordnungen muß als ungeschicklich abgelehnt werden. Es sollen aber Befehle, die darauf auf Seereslieferungen arbeiten, daß sie dadurch ihrer eigentlichen Ausbildung entzogen werden, zu der vertraglich festgesetzten Vergütung eine Kriegszulage erhalten, so daß sie insoweit folgende Stundenverdienste erzielen: im ersten Lehrjahr 10 S., im zweiten Lehrjahr 20 S., im dritten Lehrjahr 30 S. und im vierten Lehrjahr 40 S.

Bei Akkordarbeit sollen Befehle 50 v. H. des vollen Akkordpreises erhalten.

4. Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen möglichst eingeschränkt werden. Verschiedene Arbeitschichten für Arbeiter und Arbeiterinnen sind jedoch nicht möglich.

5. Bei Ueberzeitarbeit, welche die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit überschreitet, wird Lohn- und Akkordarbeitern eine Zulage von 25 v. H. des Stundenlohnes bezahlt. Bei Nacht- und Sonntagsarbeit beträgt die Zulage für Lohnarbeiter 50 v. H., für Akkordarbeiter 25 v. H. des Stundenlohnes. Nachtschichtarbeit ist bis zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit nicht auszulagern. Befehle sollen möglichst keine Ueberzeitarbeit leisten, erhalten aber eintretenden Falles dieselbe Zulage.

6. Die vorgeschlagene anderweitige Regelung der Arbeitsvermittlung muß als unannehmbar mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden.

Auch über die anderen von uns vorgeschlagenen Punkte konnte in der zweiten Sitzung keine Verständigung nach irgend einer Richtung hin erfolgen. Vor allem lehnten die Industriellen eben jedes



Eingehen auf Mindestlöhne ab, so daß der Vertreter des Kriegsministeriums die Verhandlungen zu diesem Punkte als gescheitert erklären mußte.

Unser Bezirksleiter warf nun die Frage auf: „Ob das Kriegsministerium nicht von sich aus der Frage der Einstellungslohne näher treten sollte, wenn von uns aus das offizielle Ersuchen an dasselbe gestellt wird“ und als darauf erwidert wurde: „Das Kriegsministerium werde sicher der Angelegenheit näher treten, wenn es darum ersucht werde, ohne sich natürlich im vorhinem irgendwie festlegen zu können.“

Die nächsten Verhandlungen erfolgten nun in einem kleineren Kreise. Das Kriegsministerium wurde von Hauptmann Groß I vertreten, die Metallindustriellen durch ihren Sekretär Major Bürges und den 2. Vorsitzenden Direktor Dillenius (Kornwestheim), die Arbeiter durch Vorhölzer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und Gengler vom christlichen Verbands, der die Hirsch-Dunderschen mitvertrat.

Es sollte vorerst über die Punkte 2 bis 5 eine Einigung herbeigeführt werden, was auch gelang.

Erst am 21. Dezember 1917 kam dann die Sitzung zustande, in der das Kriegsministerium der Frage der Einstellungslohne näher treten wollte. Es wurden von ihm in der Zwischenzeit Erhebungen veranlaßt und auch uns fiel es nicht allzu schwer, aus der Fülle unseres Materials zu beweisen, daß die „Grundsätze“ der Metallindustriellen ziemlich durchlöcherig sind, indem eine Reihe sehr namhafter Firmen, die selbst Mitglieder vom Metallindustriellenverbande sind, einschickellere Arbeitsbedingungen eingeführt haben, als die Organisation selbst „grundsätzlich“ zugegeben will.

Das Kriegsministerium konnte sich aber der Tatsache nun doch nicht verschließen, daß, wenn es auch nicht die Recht und die Möglichkeit hat, ein bestimmtes Existenzminimum anzuordnen, immerhin doch der Willkür nicht Tür und Tor geöffnet sein darf bei der Bezahlung frisch eintretender Arbeitskräfte.

Zuerst wurde nun versucht für das Gebiet Groß-Stuttgart-Epflingen eine Grundlage aufzustellen, was ja auch gelang. Es schien nun sehr schwierig, für das übrige Württemberg zutreffende Stellen zu finden. Doch war es schließlich leichter als man voraussetzte. Vorhölzer sagte vor, daß im Höchstfalle im übrigen Württemberg die Höhe um bis zu 20 v. H. niedriger sein dürfte.

In Nummer 18 der Wela (dem Publikationsorgan des Württembergischen Kriegsministeriums) werden nun die Richtlinien veröffentlicht. Sie lauten den Wortlaut der Bestimmung folgendermaßen: „Regl. Würt. Kriegsministerium, Nr. 5700 S. 17 B. S. 10.“

Richtlinien für die Lohnzahlung in kriegswirtschaftlichen Betrieben der Metall- und Eisenindustrie.

Zu Wahrung der Kriegszustände, die überall eine außerordentliche Bedenken der Lebensbedingungen mit sich gebracht haben, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß heute die Metall- und Maschinenindustrie fast ausschließlich für die Kriegswirtschaft, hauptsächlich für den unmittelbaren Heeresbedarf folgende Hinweise ausfüßt, hat das Kriegsministerium Richtlinien für einzelne Punkte der Lohnzahlung in kriegswirtschaftlichen Betrieben der genannten Gewerbegebiete ausgearbeitet, die nachstehend veröffentlicht werden.

I. Einstellungslohn.

1. Höhe der Löhne für den Industriegebiet Stuttgart-Epflingen:

Table with 5 columns: Art der Arbeiter, Höhe des Lohnes im Vergleich mit dem Jahre 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include: Solonide Arbeiter, Angelernte (Hilfs-) Arbeiter, Hilfsarbeiter, Heblische (Hilfs-) Arbeiter.

2. Für Orte außerhalb des Industriegebietes Stuttgart-Epflingen können die Löhne bis zu 20 v. H. niedriger sein.

II. Ueberzeit.

1. Wenn ein Arbeiter ohne sein Verlangen nicht arbeiten, so erhält er die Zeit des Auftrages oder Wartens bis zur Dauer von 5 Stunden mit jenem Durchschnittslohn vergütet. Bei längerer Dauer bleibt die Vergütung der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen, kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist dem Arbeiter auf jeden Fall der Mindestlohn zu geben. Der Arbeiter ist verpflichtet, andere ihn zugewiesene, angemessene Arbeit zu leisten.

Wenn die Arbeiter in den Abteilungen oder Gruppen wöchentlich eine Verfindigung über die Umlegung der wöchentlichen Arbeitszeit herbeigeführt werden. Wird durch die Umänderung die regelmäßige tägliche Arbeitszeit überschritten, so wird für diese Stunden 12 1/2 v. H. Zuschlag gewährt. Für weitere, die wöchentliche Arbeitszeit überschreitende Stunden bleibt es bei den üblichen Entschädigungen. Der Samstag wird bei dieser Regelung, soweit die tägliche Dauer der Arbeitszeit in Frage kommt, den übrigen Wochentagen gleichgestellt.

III. Lehrlingswesen.

1. Lehrlinge in Betrieben des Industriegebietes Stuttgart-Epflingen erhalten zu der durch Vertrag festgelegten Vergütung eine Kriegszulage, so daß sie insgesamt folgende Stundenvergütung erzielen:

Table with 2 columns: Halbjahr, Lohn. Rows: 1. Halbjahr 10%, 2. Halbjahr 15%, 3. Halbjahr 20%, 4. Halbjahr 25%, 5. Halbjahr 30%, 6. Halbjahr 35%, 7. Halbjahr 40%, 8. Halbjahr 45%, 9. Halbjahr 50%.

2. Für Orte außerhalb des Industriegebietes Stuttgart-Epflingen können die Löhne bis zu 20 v. H. niedriger sein.

IV. Ueberzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit.

1. Ueberzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit sind möglichst einzuschränken.

2. Für Ueberzeit erhalten Lohn- und Akkordarbeiter bis zu zwei die tägliche Arbeitszeit überschreitenden Stunden einen Zuschlag von 25 v. H. des Stundenlohnes, für Nacht- und Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen einen solchen von 50 v. H. des Stundenlohnes.

3. Arbeiter, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes vorgehalten werden müssen, werden sowohl bei Ueberzeit als auch bei Nacht- und Sonntagsarbeit mit einem Zuschlag von 25 v. H. des Stundenlohnes bezahlt.

4. Arbeiter, die unerlaubt oder aus Gründen, die nicht in ihrer Person oder Familie liegen, von der Arbeit wegbleiben, erhalten als Ueberstunden- oder Nachtarbeit nur die Zeit mit Zuschlag berechnet, welche die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit übersteigt.

5. Für Nachtarbeit ist eine besondere Zulage in Höhe von mindestens 1 M. gewährt werden.

V. Allgemeine.

So in Betrieben schon günstige Verhältnisse vorliegen, sollen sie durch diese Richtlinien keine Verschlechterung erfahren.

v. Märztafel.

Ist mit den Richtlinien auch nicht allen Wünschen Rechnung getragen, so darf doch nicht verkannt werden, daß in zurückgebliebenen Gebieten und Betrieben, wo die Unternehmer heute teilweise noch schlechter zahlen als in Friedenszeiten, die Arbeiter eine Handhabe haben, die sie voraussichtlich mit Erfolg benutzen können, um schlechte Verhältnisse zu verbessern. Auch der Lehrlingsausbeuteerei dürfte damit ein gewisser Riegel vorgeschoben sein.

Das Kriegsministerium hat uns zugesichert, daß dort, wo in den Verhältnissen der Ueberzeit keine Besserung eintritt, es bereit ist, auf Beschwerden hin einzugehen. Sätze der Arbeiterauschüsse wird es also vor allem sein, diese Frage nun einmal in den einzelnen Betrieben ins Rollen zu bringen, und zwar mit allem Nachdruck.

Die Mitwirkung der Genossenschaften bei der Lebensmittelverteilung.

Zu Beginn des Weltkrieges haben sich die Behörden genötigt, die Lebensmittelverteilung selbst in die Hand zu nehmen, weil der private Handel sich unfähig erwies, die Bevölkerung mit guten Waren zu versorgen. Inzwischen sind die Lebensmittelverteilung durch die Genossenschaften, die sich zu Beginn des Krieges bilden, in die Hand der Arbeiter übergegangen. Diese Genossenschaften haben die Aufgabe, die Lebensmittelverteilung zu übernehmen und die Arbeiter zu unterstützen.

Während bereits im Jahre 1916, trotzdem die Einberufungen zum Heer die Entlassungen um 31.150 Mitglieder überließen, eine Zunahme von 13.502 Mitgliedern zu verzeichnen war, weist das Jahr 1917 eine Zunahme von 140.945 Mitgliedern auf, obgleich auch in diesem Jahre die Zahl der Einberufungen zum Heer die Zahl der Entlassungen noch um 6205 überstieg. Das ist eine Zunahme, wie sie der Verband seit seinem Bestehen noch niemals zu verzeichnen hatte.

aufzustellenden Verteilungsplans. Sollte, was indes selten vorkommt, eine größere Menge angeliefert werden als im Verteilungsplan vorgesehen, so wird solche den größeren Gemeinden vordringlich zugeleitet, die sich zur Einlagerung auf ihre Gefahr bereit erklären. Grundätzlich ist das Berechnungswesen dahin geregelt, daß die Pforten der Geschäftsabteilung sämtliche gelieferte Mutter, einerlei, ob solche den Gemeinden unmittelbar angeliefert wurde oder ob die Ablieferung an die Verteilungsstelle erfolgte, in Rechnung zu stellen haben. Wöchentlich erfolgt die Begleichung der Rechnungen durch die Zentralstelle der heffischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund einer durch die Geschäftsabteilung anzufertigenden Anweisung. Die Anlieferung von den heffischen Molkereien betrug in den vier Monaten August bis November rund 8600 Zentner Mutter, wozu noch ungefähr 4500 Zentner Mutter von auswärts kamen. Es werden durch die Geschäftsstelle 480 Gemeinden sowie 50 Kreisämter, industrielle Werke usw. versorgt.

Das Zusammenarbeiten der Kriegsorganisationen mit den Genossenschaften, wie es hier der Fall ist, hat sich als recht nutzbringend erwiesen. Es ist ja auch klar, daß bestehende wirtschaftliche Organisationen, die Erfahrungen und alte Verbindungen haben, besser geeignet sind, die Verteilungsarbeit zu leisten als neugeborene Behörden, die sich lediglich auf ihre Autorität stützen. Soffentlich greift die Einsicht in den maßgebenden Kreisen immer weiter um sich, daß man wirtschaftliche Organisationen nicht aus dem Kessel ausschließen kann, sondern allmählich aufbauen muß.

Unser Verband in der 177. und 178. Kriegswoche.

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 177. und 178. Kriegswoche ist in nachstehenden Übersichten dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind für die 177. Woche Berichte nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Körlin, Schneidemühl, Artern, Gotha, Helmstedt, Jümenau, Naguhn, Schleiz, Luchau, Heide, Uetersen, Wedel-Schulau, Deynhausen, Warstein, Koblenz, Neustadt a. d. S., Oberkirch, Dagersheim, St. Georgen, Umberg, Landskühn und Freising, während für die 178. Woche von folgenden Verwaltungsstellen keine Berichte eingegangen sind: Körlin, Wodmis, Sorau, Gotha, Helmstedt, Jümenau, Sommerda, Heide, Uetersen, Walsrode, Wedel-Schulau, Braubach, Diedenhausen, Koblenz, Neumied, Oberkirch, Zuffenhausen und Landskühn.

Übersicht über die Zeit vom 16. bis zum 22. Dezember 1917.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltungsstellen, Mitglieder, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang. Rows 1-11 and summary row.

Übersicht über die Zeit vom 23. bis zum 29. Dezember 1917.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltungsstellen, Mitglieder, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang, Davon vom Heer entlassen, Mitgliederabgang. Rows 1-11 and summary row.

Einblick in die im Laufe der Woche Zugereisten, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In den beiden Wochen wurden zusammen (außer Berlin) 5488 neue Mitglieder aufgenommen. 610 Mitglieder wurden in den beiden Wochen zusammen mehr zum Heer entlassen als entlassen.

In der 177. Kriegswoche waren 4947 Mitglieder = 1,27 v. H., in der 178. Kriegswoche 5126 Mitglieder = 1,32 v. H. krank gemeldet, an die in beiden Wochen zusammen 73663 M. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Nachstehend bringen wir die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen in den vier Kriegsjahren kurz zusammengefaßt zur Ansicht:

Table with 6 columns: Kriegsjahr, Zahl der Zugereisten, Zahl der Entlassenen, Mitgliederabgang, Mitgliederabgang, Mitgliederabgang. Rows 1. August 1914, 2. 8. 11. 15, 3. 1. 15, 4. 2. 15, 5. 31. 12. 16 and summary row.

Während bereits im Jahre 1916, trotzdem die Einberufungen zum Heer die Entlassungen um 31.150 Mitglieder überließen, eine Zunahme von 13.502 Mitgliedern zu verzeichnen war, weist das Jahr 1917 eine Zunahme von 140.945 Mitgliedern auf, obgleich auch in diesem Jahre die Zahl der Einberufungen zum Heer die Zahl der Entlassungen noch um 6205 überstieg.

Nach einem Rückblick auf das Jahr 1917 im Fortschrittensblatt der Genossenschaften ist in den deutschen Genossenschaften in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1917 eine Mitgliederzunahme von 254.206 oder 26,3 v. H. zu verzeichnen. Danach kam die größte Zeit dieser Mitgliederzunahme allein unserem Verband zugute, selbst wenn das dem Fortschrittensblatt noch fehlende 4. Vierteljahr nach einer vorläufigen Berechnung dieser Zahlen zu ungünstigen unserer Verhältnisse bringen sollte. Es wird deshalb schon wieder daran, daß dieses Ergebnis selbst unsere künftigen Erwartungen übersteigen hat und eine weitere zufriedenstellende Entwicklung unserer Organisation zu erwarten ist.

Die Arbeitslosigkeit im 174. Kriegswoche im September mit 0,10 v. H. der Arbeitslosen den niedrigsten Stand erreicht, ist von da an bis auf 0,18 v. H. gestiegen und blieb am Schluß des Jahres 1917 immer noch um 0,27 v. H. niedriger als am Schluß des Jahres 1916, wie auch die gestaute Unterstützung bei Arbeitslosigkeit noch um weitere 188.800 M. zurückgehalten ist. Die geringe Steigerung der Zahl der Arbeitslosen im letzten Vierteljahr wird nicht auf mangelnde Arbeitsvermittlung, sondern auf teilweisen Stellenmangel zurückzuführen sein.

Die gewählte Unterstützung bei Krankheitsfällen betrug 1.268.949 Mark, wobei zu beachten ist, daß dieselbe erst seit dem 1. August wieder nach der neuen tarifgemäßen Höhe ausbezahlt wird.



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Nr. 8 des Verbandsstatuts genehmigt: Der Verwaltungsrat...

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsjahre in Bochum: Der Dreher Paul Dilla...

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frankenzug sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht...

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Nöckerstraße 16, 1.

Berichte

Schlösser.

Berlin. Eisenkonstruktions-Schlösser. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Unternehmern der Eisenkonstruktionsbetriebe ist vom 1. Januar dieses Jahres an eine Neuordnung der Feuerungszulage erfolgt...

Rundschau

Sozialpolitische Arbeiterforderungen der Gewerkschaften. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat im Einvernehmen mit den Verbandsvorständen den geforderten Körperlichkeiten des Reiches und der Bundesstaaten eine Denkschrift über die Wünsche der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete zugelaufen...

Bezahlung der Feiertage.

Die Unternehmer machen während der Kriegszeit gewaltige Profite, wenigstens die im Metallgewerbe. Ausnahmeweise sind selten. Unangenehm macht sich der Kohlenmangel bemerkbar. Schon seit längerer Zeit müssen deswegen in manchen Betrieben die Arbeiter aussetzen...

mündig Strom für den Kraftbetrieb lieferte. Infolge dessen mußten schon 35 000 Arbeiter zeitweilig feiern. Einige Feiertage wurde zahlen den Arbeitern zeitweilig eine Entschädigung von 4 bis 10 Mark für die unfreiwilligen Feiertage.

Der Knappheitsverein der Burbacher Gütle und der Freizügigkeitsverein. In dem Aufsatz über die Knappheitskassen der Güttnerwerke in Nr. 1 unserer Zeitung wiesen wir darauf hin, daß der Knappheitsverein der Burbacher Gütle den Freizügigkeitsvertrag nicht annehme...

Gegen hohe Löhne, gegen Arbeitskammern - aber für Longwy und Briey. Unter dieser Überschrift berichtete der Vorwärts vom 10. Dezember vorigen Jahres über eine Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller...

Gegen „russische Zustände“ in der deutschen Friedenswirtschaft. Eine Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom August 1917 wird in Nr. 12 der Sozialen Praxis veröffentlicht. Sie wendet sich gegen die dringende Übertragung der Arbeiter- und Angestelltenauschüsse sowie der Sachverständigen auf die Friedenswirtschaft.



keine derartigen russischen Zustände auf die Frieden...  
Der Erfolg ist für den Sieg des Gewerkschaftsgedankens...  
Soweit die Herren vom Eisen und Stahl...  
Gewerbegerichtliches.

Angebot hohen Lohnes. Die Aussicht auf einen Tagelohn von 12 M und freie Kost veranlaßt einen Schlosser...  
Der Ungarische Eisen- und Metallarbeiter-Verband...  
Finnland.

## Vom Ausland

### Ungarn.

Der Ungarische Eisen- und Metallarbeiter-Verband hat im vergangenen Jahre einen kräftigen Aufschwung...  
Finnland.

### Finnland.

Geschlicher Achtstundentag. Am Jahresabschluss kam aus Finnland die Kunde, daß der Landtag am 27. November ein Gesetz angenommen hat...  
Nach § 2 des Gesetzes darf in den genannten Betrieben die Arbeit nicht länger als 8 Stunden täglich und 48 Stunden in zwei Wochen dauern.

Nach § 2 des Gesetzes darf in den genannten Betrieben die Arbeit nicht länger als 8 Stunden täglich und 48 Stunden in zwei Wochen dauern.

Die Zahl der Ueberstunden darf höchstens 10 in der Woche oder 40 in vier Wochen betragen...  
§ 5 bestimmt eine Grundpause von mindestens 30 Stunden.

Wenn die Arbeit nicht in einander abfolgenden regelmäßigen Schichten von 8 Stunden abwechselnd ist...  
§ 11 legt die Strafen für Uebertretung dieses Gesetzes fest.

Das Gesetz tritt drei Monate nach seiner Verkündung in Kraft.

### Frankreich.

Die Konferenz wird die Delegationen in Clermont-Ferrand...  
Die Konferenz wird die Delegationen in Clermont-Ferrand...

aufmerksam gemacht worden, daß seine politische Einzigkeit nicht nach dem Gedankensatz französischer Gewerkschafter ist.

Die Tagesordnung war überlagert. Ihr wichtigster Punkt, Prüfung der Stellungnahme des Vorstandes des Arbeiterbundes (C. G. T.) zum Kriege...  
Daum ist eigentlich schon gesagt, daß die ganze Logung im Zeichen des Krieges, richtiger im Zeichen seiner Beendigung stand.

Daum ist eigentlich schon gesagt, daß die ganze Logung im Zeichen des Krieges, richtiger im Zeichen seiner Beendigung stand.

Die Weisheitslosigkeit der Aussprache ging bei der Prüfung der Vorstandstätigkeit dahin. Sie beanspruchte fast den ganzen Rest der Tagungszeit.

Der Bundessekretär Jouhaux, der als letzter zum Worte kam, verteidigte sich gegen den Vorwurf, das Beste der Interaktion zu haben, damit, daß er dorthin gegangen sei, um die Bestrebungen der Arbeiterkraft zu betätigen.

Die Konferenz erinnert an die folgenden Sätze, die die des Präsidenten Wilson als auch der russischen Revolution sind, und die immer die der französischen Arbeiterklasse waren:

Keine Anzeigen; Selbstbestimmungsrecht der Völker; Niederhaltung der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der gerechtfertigten Länder; Niederhaltung der angetasteten Schönen; keine Kriegsschadigungen; kein Wirtschaftskrieg nach Einstellung der Feindseligkeiten; Freiheit der Meeregen und der See; Errichtung eines Weltfriedensgerichtes, um zwischenstaatliche Streitigkeiten zu regeln; Gründung eines Bundes der Nationen.

In Uebereinstimmung mit der Auffassung der Arbeiter Frankreichs gibt die Konferenz dem Gewerkschaftsbund den Auftrag, mit allen Kräften zu versuchen, von der französischen Regierung die Friedensbedingungen zu erlangen.

Diese Entschliebung wurde mit 161 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Das auffälligste daran ist, daß sie mit keiner Silbe die elfenlohe Frage ermahnt.

zurückgewiesen hat: Ich pfeife auf die elfenlohe Frage! Das eine Zurückweisung solcher Art gefaßt ist, wird...  
Eingegangene Schriften

## Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden Sie sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Uebergangswirtschaft und Arbeiterinteressen. Zehn Aufsätze über die wichtigsten Fragen der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Von Paul Umbreit (Berlin). 1917. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 114. 48 Seiten. Preis 50 P. — Diese zehn Aufsätze haben folgende Ueberschriften: Die kommende Uebergangswirtschaft. Ein- und Ausfuhr, Schiffsraum, Wälder, Rohstoffverteilung, Produktionsförderung und Kontrolle. Die Lebensmittelversorgung. Die Entlassung der Arbeiter vom Heeresdienst. Die Arbeitsvermittlung. Die Auflösung des Hilfsdienstes und die Arbeitslosenfürsorge. Sozialpolitische Fragen. Die Wohnungsfrage. Von der Uebergangswirtschaft zur Friedenswirtschaft. Die Aufsätze waren schon im vorigen Jahre einzeln von der Internationalen Korrespondenz veröffentlicht und von Tagesblättern abgedruckt worden.

Kommunale Frauenarbeit im Kriege. Von Anna Mos, Mitglied des Ortsrats von Stuttgart. 1917. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68. 32 Seiten. Preis 60 P. — Die Verfasserin behandelt die Kriegstätigkeit der Frau bei der Kriegsfürsorge, der Armenpflege, der Wohnungsfürsorge, der Lebensmittelversorgung, der Fürsorge für Mutter und Kind, der Vormundschaft, der Waisenpflege, der Polizeiverwaltung und der Schulverwaltung. Sie hat sich theoretisch und praktisch viel mit der Sache beschäftigt und dabei reiche Erfahrungen gesammelt.

Das Gewinde. Ein unentbehrliches Handbuch für jeden Betriebsbeamten, Werkmeister, Dreher, Schlosser, Mechaniker und dergleichen. Mit zahlreichen Gewinde- und Wechselradtabellen nebst praktischer Belehrung. Bearbeitet für die Werkstatt von H. Schäfer, Fachlehrer, Augsburg. Zu beziehen vom Verfasser, Augsburg, Simonsstraße 79. 174 Seiten. Preis bei Voreinsendung des Betrages 4,75 M., bei Nachnahme 4,95 M., bei Massenbestellung Vorzugspreise. — Wieder ein neues Gewindehandbuch! Da müssen wir bald rufen: Herr, halt ein mit deinem Segen! Der Verfasser will das Aufleben der Wechselräder so erleichtern, daß es möglichst ohne Zeitverlust geschehen kann. Zu dem Zwecke hat er dem Dreher fast die ganze Maschinenarbeit abgenommen und etwa 7500 Wechselradverläufe ausgerechnet. Selbstverständlich ist das Buch geeignet, seinem Zwecke zu dienen und wenn es Schwierigkeiten macht, die Wechselräder selber zu berechnen, dem sei es zur Anschaffung empfohlen.

## Verbands-Anzeigen

### Mitgliederversammlungen.

Sonntag, 20. Januar:  
Karlshöhe, Potsdam. Singer in  
Potsdam, 3 Uhr.

Sonntag, 27. Januar:  
Karlshöhe, Goldener Adler, vorm.  
10 Uhr, jährliche General-  
versammlung. Umlage und bis  
zum 22. Januar einguzahlen.

### Grüßungen.

Chemnitz. Eugen Kurich, Bohrer,  
47 Jahre, Lungenschwindsucht.  
— Karl Hugo Baroni, Dreher,  
34 Jahre, Lungen- u. Kehlkopflei-  
den.  
— Max Breitenfeld, Formner, 46 J.,  
Leber- und Nierenleiden.  
— Paul Rühr-Broschneider, Dreher,  
24 Jahre, Gehirnlleiden.  
— Elisabeth Schöner, Maschinen-  
arbeiterin, 23 Jahre, Tuberkulose.  
— Arthur Dreher, Maschinenformner,  
41 Jahre, Lungenleiden.  
— Emil Rühr, Zimmerer, Dreher,  
33 Jahre, Lungenentzündung.  
— Johann Rühr, Mechaniker,  
29 Jahre, Nierenleiden.  
— Otto Rühr, Hadermacher, 66 J.,  
Arterienverkalkung.  
— Georg Weiser, Revolverdreher,  
38 Jahre.  
— Max Grünne, Dreher, 34 Jahre,  
Gehirnlleiden.  
— Otto Hausmann, Dreher, 17 J.,  
Mittelfebris-Entzündung.  
— Ottomar Häbler, Schlosser, 60 J.,  
Lungenleiden.  
— Franz Louis Hiller, Schmied,  
54 Jahre, Gehirnlleiden.  
— Franz Hermann Pöhl, Gusspuder,  
57 Jahre, Lungenentzündung.  
— Karl Rühr, Schleifer,  
60 Jahre, Gehirnlleiden.  
— Albin Rühr, Hadermacher, 66 J.,  
Lungenentzündung.  
— Max Rühr, Dreher, 36 Jahre,  
Arterienleiden.  
— Franz Robert Rühr, Puffer,  
52 J., Lungen- u. Nierenleiden.  
— Max Leopold, Hadermacher,  
41 Jahre, Entzündung d. Harnblase.

Chemnitz. Hermann Dertel, Dreher,  
72 Jahre, Altersschwäche.  
— Emil Paul Wloß, Dreher, 44 J.,  
Lungenentzündung.  
— Paul Hugo Köffel, Dreher,  
57 Jahre, Herzschlag.  
— Joseph Hubel, Feilenhauer, 52 J.,  
Nierenentzündung.  
— Max Richard Saugfuß, Revolver-  
dreher, 31 Jahre, Lungenleiden.  
— Bernhard Scheiner, Formner,  
57 Jahre, Lungenentzündung.  
— Paul Schellenberger, Schlosser,  
33 Jahre, Lungenleiden.  
— Karl Otto Schindler, Schlosser,  
58 Jahre, Gehirnlleiden.  
— Max Schönfeld, Einsteiler, 55 J.,  
Kehlkopfleiden.  
— Willy Ernst Stöck, Dreher, 20 J.,  
Darm- und Blasenleiden.  
— Max Emil Thiele, Horizontal-  
bohrer, 48 Jahre, Lungenentzündung.  
— Franz Oswald Uhlig, Schlosser,  
45 Jahre, Lungenentzündung.  
— Max Uhlig, Metallarbeiter,  
34 Jahre, Lungenentzündung.  
— Karl Ernst Ulrich, Hobler,  
34 Jahre, Lungenleiden.  
— Arthur Weigt, Hobler, 34 Jahre,  
Lungenentzündung.  
— Julius Weigt, Klempner, 47 J.,  
Hetz- und Nierenleiden.  
— Johann Theodor Weiser, Arbeiter,  
62 Jahre, Blutzinn.  
— Julius Emil Wünsch, Metall-  
arbeiter, 54 Jahre, Herzschlag.  
Leipzig. Fritz Paul, Dreher, 35 J.,  
Lungenleiden.  
— Max Schürig, Schlosser, 36 Jahre,  
Lungenleiden.  
— Paul Skothe, Schlosser, 21 Jahre,  
Lungenleiden.  
— Albin Hofffeldt, Schlosser, 46 J.,  
Gehirnlleiden.  
— Karl Zimmerer, Klempner, 55 J.,  
Wasserleiden.  
— Anton Rühr, Graveur, 38 Jahre,  
Kniegicht.  
— Max Rühr, Klempner,  
— Erich Rühr, Dreher, 24 Jahre,  
Lungenentzündung.  
— Eduard Haen, Schlosser,  
28 Jahre.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Co., Buchdruckerei und Verlag,  
Stuttgart, Rötterstraße 16 B.